

Und wenn sie auf uns schießen?

Am 9. Oktober 1989 triumphierte in Leipzig die Friedliche Revolution. Es hätte anders kommen können. Auch innerhalb der Sicherheitskräfte herrschte bis zuletzt die Angst vor einer Eskalation VON THOMAS AHBE



Mit Schlagstöcken gehen Volkspolizisten am 2. Oktober 1989 in Leipzig gegen die Demonstranten vor

Einen solchen Polizeieinsatz hat bis dahin kaum jemand in der DDR gesehen: Mit Schlagstöcken, Schilden und Diensthunden gehen die behelmteten Volkspolizisten an der Thomaskirche in Leipzig gegen die Demonstranten vor. Wasserwerfer schießen ihre Hochdruckstrahlen in die Menge. Die Attackierten wehren sich, werfen Steine. Scheiben gehen zu Bruch, Autos brennen. Auf beiden Seiten gibt es Verletzte an jenem 2. Oktober 1989, genau eine Woche vor der historischen Montagsdemonstration vom 9. des Monats. Nein, die Friedliche Revolution verlief nicht nur friedlich.

Auf beiden Seiten löst die Gewalt einen Schock aus. »Ich war tief erschüttert«, erinnert sich ein junger, wehrpflichtiger Bereitschaftspolizist: »Mir standen die Tränen in den Augen, da ich schon vorher gemerkt habe, dass das nicht irgendwelche randalierenden Rowdys sind, soziale Elemente, wie uns erzählt wurde, sondern normale Leute aus sämtlichen Altersgruppen.« Besonders eine Szene hat sich ihm eingebrannt: »Ich hatte direkt vor meinen Augen eine Frau. Ich weiß nicht, wie die da mit hereingeraten war. [...] Sie war beladen mit Einkaufsbeuteln, mit Spielzeug und so weiter drin, die stand völlig fassungslos da, hat nur noch geweint. Mir ging das dermaßen nahe. Wir alle, oder viele, haben sich gefragt, wo soll das noch hinführen?«

Aussagen wie diese zeigen, dass sich im Herbst 1989 nicht einfach nur »das Volk« und »das Regime« gegenüberstanden, sondern auch innerhalb des Sicherheitsapparates kritische Stimmen laut wurden. »Unsere Vorgesetzten verlangten, dass wir Meinungen schreiben sollten zu den Vorgängen in der Gesellschaft«, berichtet der Bereitschaftspolizist, »und wir sind dafür eingetreten, dass die Leute demonstrieren dürfen.« Der Kommandeur der Bereitschaft meldete denn auch, dass es gegenüber Einsätzen wie dem vom 2. Oktober »eine große Abneigung« gebe. Der überwiegende Teil der Mannschaft meine, »daß es uns eventuell gelingen wird, die ungesetzlichen Versammlungen zu zerschlagen, wir aber nicht in der Lage sind, politische Probleme zu lösen.«

Um Leipzig herum sollen 1500 NVA-Soldaten in Reserve liegen

Ähnlich äußerte sich Angehörige der »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« (KG) – jener leicht bewaffneten Verbände, die ab einer bestimmten Belegschaftsgröße in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben sowie staatlichen Verwaltungen gebildet wurden. Sie sollten »im Kriegs- und Spannungsfall« der Nationalen Volkarmee (NVA) den Rücken decken, die Infrastruktur sichern und innere Gegner niederhalten. Ihre etwa 400 000 Kämpfer waren überwiegend SED-Mitglieder und systemnahe Parteilose.

Bezeichnend für die Stimmung, die 1989 in den Kampfgruppen herrschte, ist ein Vorfall vom April: Die 124. KG-Hundertschaft des Chemieanlagenbaus Leipzig-Grimma sollte üben, wie im Fall eines von »kirchlichen Kreisen« organisierten Protests »Ordnung und Sicherheit« wiederherzustellen. Vor allem junge Kampfgruppenleiter widersetzen sich mit dem Argument, »daß sie unter einer solchen Maßgabe nicht für die Mitarbeit [...] geworben wurden. Als Knüppelgarde seien die KG nicht gegründet worden, und sie möchten auch nicht auf andere einschlagen.«

Am 2. Oktober wurde der Widerwille der Kämpfer dann vollends deutlich. Stasi-Berichten zufolge erkannten viele von ihnen, dass die Demonstration keineswegs Staatsfeinde waren. Ohnehin hatten nur noch 80 Prozent der Männer den Einsatzbefehl befolgt. Am Tag der Entscheidung eine Woche später treten dann nur noch 58 Prozent an, von denen noch einmal 12 Prozent den Dienst verweigern, nachdem man sie über das Ziel des Einsatzes informiert hat.

Dennoch entwickelt sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig eine äußerst explosive Situation.

Der Tag beginnt um 7.30 Uhr mit einer Sitzung der Bezirkseinsatzleitung. Der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung, Helmut Hackenberg, hat den Vorsitz inne. Zugegen sind unter anderem der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei, Generalmajor Gerhard Straßburg, der Leiter der Stasi-Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, und der NVA-Generalmajor Günther Diederich.

Man berät, wie Erich Honeckers Anweisung, alle weiteren Demonstrationen »von vornherein zu unterbinden«, umzusetzen sei – und einigt sich auf einen von Generalmajor Straßburg vorgelegten Plan, um die auf 50 000 Menschen geschätzte Demonstration niederzuschlagen. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei sollen die Spitze des Protestzuges zwischen Karl-Marx-Platz und Hauptbahnhof mit Schlagstöcken angreifen und die Demonstranten, unterstützt von Schützenpanzerwagen, in die Seitenstraßen drängen. Am Bahnhof werden Lkw mit Räumgittern den Protestierenden den Weg abschneiden, zusammen mit zwei Wasserwerfern und zwei Tanklöschfahrzeugen, deren Wasser mit Farbzusätzen versetzt ist, um die Betroffenen zu markieren. Die »Rädelführer« plant man in die für knapp 800 Personen ausgewiesenen »Zuführungspunkte« zu bringen; 3100 Volkspolizisten sowie acht Kampfgruppen-Hundertschaften sind dafür vorgesehen. Zusätzlich will man 5000 »gesellschaftliche Kräfte« mobilisieren – Mitglieder der SED und der FDJ –, um den »Provokateuren« den Platz in Kirchen und auf den Vorplätzen streitig zu machen. Um Leipzig herum sollen außerdem 1500 NVA-Soldaten in Reserve liegen.

Doch die Versammelten haben auch ihre Zweifel an diesem Plan. NVA-Generalmajor Diederich gesteht, dass seine Hundertschaften nur ungenügend auf Aktionen gegen die Bevölkerung vorbereitet seien und den Umgang mit Gummiknüppeln kaum beherrschten. Und der Leiter der Stasi-Bezirksbehörde Hummitzsch gibt zu Protokoll, dass es »weder durch den Einsatz von Schußwaffen noch anderer polizeilicher Hilfsmittel mehr möglich sein würde, die Demonstrationen zurückzudrängen«. Er habe allen seinen Mitarbeitern, die auf der Straße im Einsatz seien, verboten, Waffen zu tragen – »gegen die Dienstvorschrift des Ministers«.

Dass am Tag zuvor in Berlin der Machtkampf zwischen Erich Honecker und Egon Krenz ausgebrochen ist, weiß in Leipzig noch niemand. Krenz, Sekretär des Zentralkomitees für Sicherheitsfragen, hatte Honecker den Entwurf zu einer Politbüro-Erklärung überreicht. Jeden, der die DDR verlässt, empfinden wir als Verlust, heiß es darin. Für Honecker, der kurz zuvor verkündete, man solle den Flüchtenden »keine Träne nachweinen«, war das Papier eine »Kapitulationserklä-

rung«. Ziehe Krenz es nicht zurück, sei das dessen politisches Ende. Krenz begann daraufhin, im Politbüro und unter den Ersten Bezirkssekretären Verbündete zu suchen.

Honecker wollte die SED-Macht mit Gewalt retten, Krenz durch politische Manöver. Dass der Generalsekretär plante, seinen Konkurrenten zur Überwachung des Gewalteinsetzes nach Leipzig zu schicken, sollte wohl dazu dienen, ihn als »blutigen Egon« zu desavouieren. Krenz allerdings hatte schon am 8. Oktober – und ohne Honeckers Wissen – im Büro des Stasi-Chefs Erich Mielke die Generale aller bewaffneten Organe auf die Formel eingeschworen, dass politische Probleme auch politisch gelöst werden müssten und keine Gewalt angewendet werden sollte. Am Abend rief er sogar den sowjetischen Botschafter an, um sich rückzuversichern. Dieser gab dem Oberbefehlshaber der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte entsprechende Anweisungen.

In Leipzig jedoch orientiert man sich am Morgen des 9. Oktober noch an den Honecker-Befehlen und versucht, wie schon in den Tagen zuvor, mit Drohgesten und Gerüchtemacherei die Zahl der Demonstranten niedrig zu halten. Seit Tagen druckt die *Leipziger Volkszeitung* lancierte Leserbriefe, die »Ruhe und Ordnung« und ein Ende der öffentlichen »antisozialistischen Hetze« fordern. Höhepunkt ist die Zuschrift eines Kampfgruppen-Kommandeurs, der am 6. Oktober bekundet: »Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.« Gleichzeitig lassen Partei und Regierung vage »Informationen« durchsickern, dass für den Montagabend ein Schießbefehl besthe.

Am frühen Nachmittag des 9. Oktober wird die Innenstadt dann weitgehend leer geräumt: Geschäfte und Cafés rund um die Nikolaikirche müssen schließen. Wer im Stadtzentrum arbeitet, bekommt frei und wird aufgefordert, nach Hause zu gehen. Eltern sollen ihre Kinder bis 15 Uhr aus den Kindergärten abholen. Schüler werden mit der Warnung heimgeschickt, dass »möglichweise heute etwas Schlimmes passieren« könnte. Bald hat auch der Letzte verstanden, dass die Mächtigen am Abend ein Exempel statuieren wollen, um die in Bewegung geratene DDR in eine protestfreie Zone zurückzuverwandeln.

Tatsächlich bereiten die Offiziere der Bereitschaftspolizei ihre Männer auf einen harten Einsatz vor. »Wir stehen immer hinter euch mit der

Schusswaffe zur Sicherung«, sagen sie den wehrpflichtigen Knüppelträgern: »Wenn die Knüppel nicht ausreichen, wird die Waffe eingesetzt.« Viele der jungen Männer haben große Angst, manche liegen in den Kasernen weinend im Bett, andere versuchen, sich noch schnell krankzumelden. Bordschützen der Panzerwagen kündigen an, einem Schießbefehl nicht Folge zu leisten.

Bei der Stasi-Bezirksbehörde erhält Generalleutnant Hummitzsch unterdessen zwei Anrufe von seinem Minister. Es sei »alles zu unterlassen, was zu einer Zuspitzung der Situation führt«, ordnet der an. »Kein Waffeneinsatz«, notiert Hummitzsch in seinem Arbeitsbuch zu dem um 11.18 Uhr geführten Telefonat. Die beiden Wörter sind unterstrichen. Doch damit ist noch keineswegs ausgemacht, dass die Demonstration nicht auseinandergeprügelt wird.

»Reißt euch zusammen und laßt die Steine liegen«, mahnt ein Plakat

Viele versuchen am 9. Oktober, die drohende Katastrophe zu verhindern. Bezeichnend ist aber auch folgende Begebenheit: Als dem Leipziger Stasi-Chef gemeldet wird, dass um 15.15 Uhr an der Eingangsseite der Nikolaikirche ein bettlaken großes gelbes Tuch mit der Aufschrift »Plakat bleibt!« Das Kräfteverhältnis hat sich so weit verschoben, dass auch der Staatsmacht klar ist: Noch der kleinste Eskalationsschritt kann eine destruktive Kettenreaktion auslösen. Für einen historischen Moment sitzt sie mit den Demonstranten in einem Boot.

Der Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange, der Theologe Peter Zimmermann sowie die drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung Kurt Meyer, Jochen Pommer und Roland Wötzel ringen zur selben Stunde um einen konsensfähigen *Aufruf zur Besonnenheit*. Zimmermann bringt ihn schließlich in die Kirchen zu den Friedensgebeten; die Tonsäulen des Stadtfunks verbreiten den von Masur verlesenen Appell in der Innenstadt. Was wird nun geschehen?

Zu Tausenden strömen die Menschen auf den Karl-Marx-Platz. Die den *Aufruf zur Besonnenheit* hören können, applaudieren. Manche fühlen sich »gestärkt«, andere empfinden eine »große Erleichterung«. Eine ältere Frau greift, befragt nach ihren Gefühlen in jenem Augenblick, auf ihr DDR-Schulwissen zurück: »Ich habe mal gelernt, Revolutionen haben immer dann Erfolg, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Die unten wollen nicht mehr, und die oben können nicht mehr.« Der Aufruf sei für sie »ein Symptom der Schwäche der Bezirksleitung« gewesen.

Dass in jenen dramatischen Stunden noch ein anderer Appell seine Adressaten erreicht, zeigen die Lageberichte, die Stasi-General Hummitzsch am frühen Abend seinem Minister übermittelte. Über die Demonstranten heißt es darin: »stehen rum, Ruhe (18.12 Uhr)« – und drei Minuten später: »kein Einschreiten / 20 000 / nicht übersehbar / tausende Flugblätter«. Die Flugblätter stammen von den Leipziger Basisgruppen um Pfarrer Christoph Wonneberger. Unter Aufbietung aller greifbaren Papiervorräte haben sie 30 000 Stück gedruckt und an Demonstrierende

wie Sicherheitskräfte verteilt. Die Botschaft lautet: »Wir sind ein Volk! Gewalt hinterläßt ewig blutende Wunden!«

Um 18.27 Uhr sind bereits 50 000 Menschen auf dem Karl-Marx-Platz, und der Demonstrationzug setzt sich in Bewegung. Manfred Hummitzsch und Helmut Hackenberg, der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung, vereinbaren, entgegen dem Einsatzplan nicht einzugreifen. Hackenberg solle stattdessen mit Krenz besprechen, was zu tun sei. Hackenberg erreicht Krenz, der ankündigt, sofort zurückzurufen – sobald er sich abgestimmt habe. Aber Krenz ruft nicht zurück, und Hackenberg fragt die anwesenden drei SED-Sekretäre, die den Masur-Aufruf mit verfasst haben, was ihre Meinung sei. »Also, wir haben ja den Aufruf gemacht«, sagt Wötzel, »du mußt einfach entscheiden, dass die Truppen, alle Verbände, sich weiter zurückziehen, dass es nicht den äußeren Anlass gibt.«

Um 18.35 Uhr geben Hackenberg und der Leipziger Chef der Volkspolizei dann endlich den entscheidenden Befehl. In den Dokumenten der Polizei liest er sich so: »Vorsitzender der BEL [Bezirkseinsatzleitung] und Chef [der Bezirksbehörde der Volkspolizei]: Nach Bestätigung wird befohlen, keine aktiven Handlungen gegenüber Demonstranten zu unternehmen. Befehl Chef: An alle Einsatzkräfte ist der Befehl zu erteilen, daß der Übergang zur Eigensicherung einzuleiten ist! Einsatz Kräfte nur bei Angriffen auf Sicherheitskräfte, Objekte und Einrichtungen. Bei Angriff – Abwehr mit allen Mitteln.«

Der letzte Satz zeigt, dass von 18.35 Uhr an der Ausgang der Proteste in den Händen der inzwischen mehr als 70 000 Demonstranten liegt. Sie machen den 9. Oktober zum Tag der Friedlichen Revolution.

Doch das erforderte Mut: Am Karl-Marx-Platz, erinnert sich einer der Demonstranten, »klinkte sich mein Mitbewohner, der noch letzten Montag bis zum bitteren Ende mitmarschiert war, hastig aus – in der felsenfesten Überzeugung, dass diesmal Blut fließen würde. Dann nahm das Geschehen seinen Lauf: 70 000 Demonstranten zogen um den Ring, riefen ›Wir sind das Volk!‹ und ›Keine Gewalt!‹ [...] Später, in den Katastrophen der Moritzbastei, feierten wir den Sieg [...] bei Bier und atemlosen Gesprächen. Ja, es lag Pathos in der Luft, das Erlebte fühlte sich ›revolutionär‹ an, ›historisch‹; diese Worte geisterten durch viele Köpfe. Etwas Großes war geschehen.«

Ein Oberleutnant der Bereitschaftspolizei blickt später so auf den Tag zurück: »Es war für die, die unmittelbar die Weisung am Führungsfahrzeug mitgehört hatten, eine unheimliche Erleichterung [...]. Das hat wohl keine zehn Minuten gedauert, da war das Gespräch da, und es war dann schlagartig eine ganz andere Atmosphäre. Die Spannung war weg, es wurde auf einmal locker diskutiert bis hin, dass einige Tränen in den Augen hatten.«

Ähnlich erlebten auch viele Angehörige der Kampfgruppen den revolutionären 9. Oktober. Nicht wenige von ihnen hatten bereits die Seiten gewechselt und waren unter den Protestierenden. Von der Kampfgruppen-Hundertschaft etwa, deren Kommandeur noch am 6. Oktober den berüchtigten Leserbrief geschrieben hatte, erschienen gerade einmal 52 Prozent zum Dienst. Stell dir vor, das Volk soll unterdrückt werden, und keiner geht hin.



Keine Gewalt: Am 9. Oktober ziehen 70 000 Menschen friedlich über den Ring